

EINLADUNG

3. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin: **Mittwoch, 28.06.2023, 17:30 Uhr**

Raum, Ort: **Minna-Cauer-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

Tagesordnung

- 1 Begrüßung, Tagesordnung
- 2 Protokolle / Annahme der Protokolle der 19., 20., 21. Sitzung
- 3 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 4 Vorstellung Goslarer Ufer
- 5 Per Express in die City-West **0366/6**
SPD-Fraktion
- 6 Kein kommerzieller Stadionneubau im Olympiapark! **0106/6**
Fraktion DIE LINKE
- 7 Freie Fahrt für Fahrradfahrer*innen **0905/5**
SPD-Fraktion
- 8 Neubau in der Reichsstraße II **1533/5**
SPD-Fraktion
- 9 Brücke über die Spree für Bedürfnisse von Radfahrenden und zu Fuß
Gehenden priorisieren **0276/6**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- | | | |
|-----------|---|---------------|
| 10 | Barrierefreiheit beim Zugang zum Bahnhof Jungfernheide verbessern
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 0315/6 |
| 11 | Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten
SPD-Fraktion | 0368/6 |
| 12 | Mehr Einkaufsmöglichkeiten für die Mierendorffinsel – Nahversorgungskonzept fortschreiben
Fraktion DIE LINKE | 0367/6 |
| 13 | Wohnen am Kurfürstendamm
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 0391/6 |
| 14 | Sonstiges | |

Nicht öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----------|------------------|--|
| 15 | Kolonie Mannheim | |
|-----------|------------------|--|

Da die Sitzung in Präsenz durchgeführt wird, sind nur eine begrenzte Zahl an Gästen möglich. Es gilt, wer sich zuerst anmeldet, darf teilnehmen.

Ansgar Gusy
Ausschussvorsitzende

Niederschrift

der 19. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.01.2023
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Teilnehmer:

BzStR Schmitz-Grethlein, Fabian

BV Centgraf, Sybille	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BV Chen, Jun	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BV Gusy, Ansgar	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BV Kaufmann, Nico	SPD-Fraktion
BV Spielberg, Claudia	SPD-Fraktion
BV Tillinger, Wolfgang	SPD-Fraktion
BV Brzezinski, Christoph	CDU-Fraktion
BV Fenske, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
BV Heyne, Johannes	FDP-Fraktion
BV Deißler, Rüdiger	Fraktion DIE LINKE
BV Kohler, Martin	AfD-Fraktion
BD Bauer, Uta	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BD Szelag, Uwe	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BD Göllner, Kristina	SPD-Fraktion
BD Kunert, Michael	CDU-Fraktion
BD Dr. Lautsch, Jürgen	CDU-Fraktion
Vogt, Mechtild	Seniorenvertretung
Giehler, Claudia	Leitung Stadtentwicklungsamt

Tagesordnung:

TOP 1	Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 2	Annahme offener Niederschriften 15.; 16.; 18.	
TOP 3	Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung	
TOP 4	Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um die noch nicht beantworteten DS; 65 Stück; zu beantworten	
TOP 5	Sachstand zum Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan 4-59VE Dickensweg	
TOP 6	Sachstand Bebauungsplan 4-64 Quedlinburger Straße	
TOP 7	Brücke über die Spree für Bedürfnisse von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden priorisieren Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0276/6
TOP 8	Nachverdichtungspotentiale heben FDP-Fraktion	0293/6
TOP 9	Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0361/6
TOP 10	Per Express in die City-West SPD-Fraktion	0366/6
TOP 11	Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten SPD-Fraktion	0368/6
TOP 12	Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk – Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen! Fraktion DIE LINKE	0371/6
TOP 13	Verschiedenes	
TOP 14	Nichtöffentlicher Teil	

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende, **BV Fenske**, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er weist darauf hin, dass die Redebeiträge via Audio mitgeschnitten würden.

BV Deißler bittet darum, den TOP 12 zu vertagen.

BV Kaufmann bittet um Vertagung des TOP 11.

BV Chen erbittet eine Vertagung des TOP 7.

Den Wünschen wird nachgegangen.

BV Fenske weist darauf hin, dass die Anträge auf Zuruf wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden könnten.

TOP 2 Annahme offener Niederschriften 15.; 16.; 18.

BV Deißler findet Formulierungen der Niederschrift zur 18. Sitzung zu ungenau und kündigt an, eine überarbeitete Form nachzureichen.

BV Heyne macht darauf aufmerksam, dass die Niederschrift zur 18. Sitzung erst dann von allen Anwesenden abgestimmt werden könne, wenn der Nachtrag alle Mitglieder erreicht hätte.

Die Niederschriften der 15. Und 16. Sitzung werden angenommen.

TOP 3 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung

BzStR Schmitz-Grethlein informiert, dass dem Befreiungsantrag zur russisch-orthodoxen Kirche in der Berliner Straße stattgegeben werde und das auf dem Gelände in Zukunft nur ein zurückhaltender Bau statt mehrerer kleiner stehen solle.

BV Gusy möchte wissen, in welcher Größenordnung man sich bewege.

Frau Giehler (Leitung Stadtentwicklungssamt) erläutert, dass es schon mehrere kleinere Anbauten gegeben hätte. Nun würden diese allerdings zusammengefasst und ein neuer hinzugefügt werden.

BD Kunert interessiert, ob die anderen Bauten abgerissen würden.

BzStR Schmitz-Grethlein bejaht dies.

BV Heyne hakt nach, ob zusätzlich zu den festen Bauten auch die Zelte und die anderen temporären Bauwerke entfernt würden.

BzStR Schmitz-Grethlein bejaht.

Er informiert weiterhin, dass ab folgendem Montag die Planfeststellungsunterlagen zu den Umbauarbeiten am Dreieck Funkturm eingesehen werden könnten. Das Bezirksamt werde als Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme diesbezüglich abgeben. Im Vorhinein könne er dem Ausschuss mitteilen, dass die DEGES zugesichert hätte, dass die volle Kapazität der Verkehrsführung zu jeder Zeit gewährleistet würde. Somit würden keine zusätzlichen Verkehre in das Stadtstraßennetz geleitet werden.

Am gestrigen und vorgestrigen Tag hätte darüber hinaus eine Begehung sowie ein Kolloquium zum Stadteingang West stattgefunden. Acht Büros hätten sich und erste Vorstellungen präsentiert. Die Büros hätten jetzt sechs weitere Wochen Zeit, bevor die nächste Phase beginne. Er erwarte gute, spannende Entwürfe und sei grundlegend positiv eingestellt.

Zur Nachfrage aus der letzten Sitzung bezüglich des Umbaus des Hotels Panorama könne er berichten, dass nach Beendigung der Maßnahmen 2806 Quadratmeter Wohnraum zur

Verfügung stehen würden. Vorher hätte es eine Wohnfläche von 2513 Quadratmetern gegeben.

In den Belangen zur Dachgestaltung in der Seesener Straße 28 befände man sich momentan in Gesprächen.

Das Seniorenheim in der Lentzeallee 2-4 sei in eine neue Trägerschaft überführt worden. 2022 hätte man auch eine Baugenehmigung für eine neue Nutzungsart erteilt, allerdings sei noch kein Baubeginn angezeigt worden.

Auf die Nachfrage bezüglich der Missstände in der Helmstedter Straße 27 könne er antworten, dass mit dem Wohnungsamt Kontakt aufgenommen worden sei. Dieses hätte zwei leerstehende und eine mangelhafte Einheit lokalisiert. Gegen eine Rückführungsanordnung sei Widerspruch eingelegt worden. Die Wohnungsaufsicht sei 2021 schon einmal im Objekt gewesen.

BzStR Schmitz-Grethlein geht auf die Nachfrage von **BD Kunert** aus der letzten Sitzung (14.12.2022) wie folgt ein: Für den Pavillon in der Mecklenburgischen Straße sei im Herbst 2022 eine Anfrage zur Änderung der Nutzungsbedingungen eingegangen. Für eine Änderung sei man grundsätzlich offen, erwarte aber ein konkretes Konzept.

BV Chen möchte erfahren, wie es um das Bauvorhaben am Kudamm 231 steht.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass die zweite Planungswerkstatt auf Ende März verlagert worden sei. Am Vorabend würde eine öffentliche Vorstellung stattfinden, damit auch Öffentlichkeit die Vorhaben ansehen könne.

BV Heyne bittet darum, den Ort und die Zeit der Veranstaltung weiterzureichen.

BV Deißler merkt an, dass es bezüglich des Stadteinganges West zwei Termine gegeben hätte. Außerdem möchte er wissen, wie der weitere Verfahrensablauf sei und welche Beteiligungsmöglichkeiten es gebe.

BzStR Schmitz-Grethlein erwidert, dass er beide Termine zusammengefasst hätte. Es hätten aber beide stattgefunden. Im weiteren Verfahren werde es einen ersten Schulterblick ohne Öffentlichkeit im Februar geben. Unabhängig davon könne die Öffentlichkeit allerdings über das Portal meinberlin.de Kommentare zum Projekt abgeben. Später werde es dann auch die klassischen Öffentlichkeitsrunden geben. Der Senat hätte außerdem angeboten, das Konzept im Ausschuss vorzustellen. Er könne sich vorstellen, diesem Angebot in der Zeit nach der Wiederholungswahl nachzukommen.

BV Tillinger erkundigt sich nach Information zur Fechtnerstraße 7. Seines Wissens hätte bereits letztes Jahr eine Genehmigung vorgelegen.

Frau Giehler (Leitung Stadtentwicklungssamt) kann sich vorstellen, dass es verkehrliche Probleme geben könnte.

Herr Helmerichs (Gast) wirft ein, dass sich im Gebäude noch ein Anwohner aufhalte.

BV Brezinsky fragt, ob sich die Bauaufsicht schon zum Pop-Up-Radweg in der Kantstraße geäußert hätte. Mit der Stellungnahme vom 22.12.2022 von **BzStR Schruoffeneger** stehe fest, dass der Radweg zu baurechtswidrigen Zuständen an den Wohngebäuden geführt hätte. Konkret gehe es um die Behinderung der Rettungswege.

BzStR Schmitz-Grethlein antwortet, dass der temporäre Radweg von bezirklicher Seite beobachtet worden sei und man darauf gedrängt hätte, zu einer permanenten Lösung zu kommen

Frau Giehler (Leitung Stadtentwicklungssamt) ergänzt, dass Neubauten in dieser Zeit nicht möglich gewesen wären. Parkende Autos in der zweiten Reihe seien nicht optimal. Sie führt an, dass diese im Notfall von den Rettungskräften verschoben werden könnten.

BV Fenske erläutert, dass er im Austausch mit der Feuerwehr erfahren hätte, dass für das Ansetzen einer Leiter 3 parkende Autos weggeräumt werden müssten. Somit werde das Retten deutlich erschwert.

BD Szelag wirft ein, dass das Problem schon länger bekannt sei.

BV Brzezinski hakt nach, ob auf absehbare Zeit neue, bauordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen würden.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass man bisher von Nutzungsuntersagungen abgesehen hätte, da es lediglich eine temporäre Maßnahme gewesen sei.

BD Lautsch sieht die Situation in der Kantstraße kritisch. Bei einem Herzinfarkt zähle jede Minute. Es müsse deshalb gut zwischen Menschenleben und einem gut gemeinten, verkehrspolitischen Gedanken abgewogen werden.

BD Szelag empfindet die Dramatik zu übertrieben. Jeder Stau führe zu Verzögerungen beim Rettungsweg.

BV Gusy plädiert für ein Beenden der Diskussion, da sie in den Verkehrsausschuss gehöre.

BV Brzezinsky unterstreicht, dass die ursprüngliche Diskussion bezüglich der Rettungswege durchaus in diesen Ausschuss gehöre.

BV Gusy interessiert, ob es neue Baubestrebungen in der Neuen Kantstraße 4 gebe.

BzStR Schmitz-Grethlein wird Informationen für die nächste Sitzung vorbereiten.

BV Fenske fragt, wie es mit dem Gebäude am Roseneck/ Clayallee, welches seit mehreren Jahren leer stehe, aussehe.

BzStR Schmitz-Grethlein könne sagen, dass das Haus nicht einsturzgefährdet sei. Seines Wissens laufe ein Rückführungsantrag beim Wohnungsamt.

BD Kunert fragt, ob die Zwangsumsiedlung am Hohenzollerndamm 38/39 beendet sei, ob alle Anwohner adäquaten Raum bekommen hätten und wie weit die Sanierung sei.

BzStR Schmitz-Grethlein antwortet, dass der Stand aus dem Dezember sei, dass alle Anwohner Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt bekommen hätten und ein Rückzugsrecht hätten. Momentan sei angesetzt, die Bausubstanz noch einmal von eigenen Gutachtern prüfen zu lassen, um die Substanz gegebenenfalls erhalten zu können.

BV Deißler führt an, dass in der Windscheidstraße 3 und 3a im Jahr 2021 ein Eigentümerwechsel von einer Immobilienfirma zur nächsten stattgefunden hätte. Er möchte erfahren, ob damit die Baugenehmigung und Abrissgenehmigung mit übertragen worden seien und ob die Ämter automatisch von dem Verkauf erfahren hätten. Außerdem spricht **BV Deißler** an, dass am Freitag eine Kundgebung am Leon-Jessel-Platz stattfindet. Sie betreffe die Zwangsräumung einer 81-jährigen Frau, die keinen Ersatzraum finde.

BzStR Schmitz-Grethlein erläutert, dass Bau- und Abrissgenehmigungen auf ein Objekt und nicht auf den Eigentümer bezogen wären.

Frau Giehler (Leitung Stadtentwicklungsamt) ergänzt, dass Baugenehmigungen zwei Mal verlängert werden könnten. Von einem Verkauf erfahre das Bezirksamt nicht.

BD Kunert erkundigt sich nach Vorhaben mit dem Objekt an der Bundesallee/Badensche Straße.

BzStR Schmitz-Grethlein erwidert, dass momentan eine Bauberatung für ein Wohn- und Geschäftshaus stattfindet.

BD Kunert möchte erfahren, in welchem Zeitraum man sich bewege.

BzStR Schmitz-Grethlein weitert aus, dass die Bauberatung erst einmal Zeit in Anspruch nehme. Alles weitere werde dann noch mindestens drei bis vier Jahre dauern.

TOP 4 Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um die noch nicht beantworteten DS; 65 Stück; zu beantworten

BzStR Schmitz-Grethlein erläutert, dass mittlerweile noch 63 unbeantwortete Drucksachen anstehen würden. Diese würden sukzessiv abgearbeitet werden. Einige DS könnten dabei gebündelt abgearbeitet werden, da sie thematisch ähnlich wären. Er teilt eine Liste mit den offenen Anträgen aus.

Der Vorsitzende, **BV Fenske**, macht darauf aufmerksam, dass einige Anfragen aus dem Jahr 2017 stammen würden. Er bittet die Fraktionen darum, zu schauen, ob die Anliegen noch opportun wären.

BV Gusy weist darauf hin, dass beschlossene Anträge nur durch die BVV zurückgezogen werden könnten.

TOP 5 Sachstand zum Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan 4-59VE Dickensweg

BV Fenske führt ein und erläutert, dass die ersten Entwürfe bereits 2018 entstanden wären.

BzStR Schmitz-Grethlein legt dar, dass es zum Durchführungsvertrag bereits zwei und bald drei Nachträge geben würde. Innerhalb der Nachträge wären wichtige Errungenschaften wie das Mobilitätskonzept, die Umsetzung der Grün- und Freiflächenplanung, eine Kita, eine Mietpreis- und Belegungsbindung, der Bestandmieterschutz und eine Vereinbarung zum Artenschutz eingearbeitet worden. Im dritten Nachtrag wolle man noch die Freianlagenplanung, Spielplätze und Dachbegrünung einplanen. Der zugehörige Bebauungsplan lag bis zum 09. September 2022 aus. Aus den Öffentlichkeitsbeteiligungen hätte sich keine weiteren Anpassungen ergeben, da alle Anliegen bereits bedacht worden wären. Die Beteiligung der Behörden hätte parallel zur Öffentlichkeitsarbeit stattgefunden. Davon ausgehend fänden Umwelt- und Artenschutz-, sowie Schallschutzanpassungen statt. Wenn dies stattgefunden hätte, folge im zweiten Quartal 2023 eine Beschlussfassung durch das Bezirksamt, die an den Senat zur Rechtsprüfung weitergeleitet werden würde. Er befürchte, dass Aufgrund der Komplexität noch mehrere Nacharbeitungen stattfinden würden.

BV Gusy fragt nach, ob es Zwischennutzungen geben würde.

BzStR Schmitz-Grethlein ist das nicht bekannt.

TOP 6 Sachstand Bebauungsplan 4-64 Quedlinburger Straße

BzStR Schmitz-Grethlein informiert, dass das Projekt schon mehrfach Gegenstand der Beratung gewesen sei. Er bittet darum, dass Vorhaben am 19. Januar in der BVV zu besprechen. Am 08.12.2022 sei diesbezüglich die Rechtsprüfung erfolgt. Beim Thema Lärmschutz

hätte es noch Änderungsbedarf im nördlichen Bereich gegeben. Dies wurde im städtebaulichen Vertrag geändert. Dieser vertragliche Zusatz sei am heutigen Tag von **BzStR Schmitz-Grethlein** unterschrieben worden. Parallel zur Planung hätte es einen intensiven Austausch mit den Anwohnern und der DEGEWO gegeben. Gemeinsam seien wichtige Anliegen wie das Umsetzen des Müllstandortes oder eine bessere Freiraumgestaltung herausgearbeitet worden. Es sei ein konstruktiver Dialog zwischen DEGEWO und den Anwohnern entstanden.

BV Deißler befindet es als eigenartig, dass das Projekt noch vor der Wahlwiederholung durchgepeitscht würde. Er merkt an, dass für gut Verdienende Wohnraum im Penthouse Stil entstehen würde und weniger gut Verdienende mit starker Verdichtung leben müssten. Die Infrastruktur für 55.000 auf der Mierendorffinsel sei nicht gegeben. **BV Deißler** kritisiert darüber hinaus, dass mit dem Projekt eine Frischluftschneise verbaut würde und es weniger Erholungsfläche gebe.

BV Gusy fragt, ob die Rechtsprüfung nur den Straßenverkehr als Lärmquelle ergeben hätte.

Herr Dotzler führt aus, dass Lärm auch aus dem Gewerbegebiet stammen könne. Außerdem gibt er zu verstehen, dass es eine neue Berechnungsmethode für die Schallschutzwerte gebe.

BV Heyne bittet **BV Deißler** darum, seinen Beitrag zu überdenken. Seit mehreren Wahlperioden würde die Linksfraktion den Wohnungsmangel anprangern, hätte aber gleichzeitig in der letzten und in der andauernden Wahlperiode keinem einzigen Bebauungsplan zugestimmt. Er verdeutlicht darüber hinaus, dass das Bezirksamt auf Grundlage von Recht und Gesetz arbeite und keine politischen Ansätze verfolge.

BV Gusy merkt an, dass er den Anteil des bezahlbaren Wohnraums gern bei 50 Prozent gesehen hätte.

Herr Eschenburg (Gast) fragt, ob sich bei der Nutzungsgestaltung des Erdgeschosses etwas geändert hätte. Dort seien durchweg Wohnungen geplant. Somit würde der soziale Aspekt fehlen. Außerdem empfindet er die Balkone als käfigartig. Sie würden dem Stadtbild nicht zuträglich sein.

Herr Lebe (Gast) spricht stellvertretend für die Anwohner. Diese seien wenig begeistert. Momentan gebe es noch einen offenen Innenhof mit Licht und Frischluft, später solle dann auf engstem Raum sozialer Wohnraum entstehen. Dies sei für die Bestandsmieter eine klare Verschlechterung. Grundsätzlich sei man nicht gegen die Erschließung der Freifläche, aber in der Form spreche sich die Mieterschaft grundsätzlich gegen das Projekt aus.

BzStR Schmitz-Grethlein versachlicht, dass die Bebauung nicht durchgepeitscht würde. Man hätte viel auf die Anwohnermeinung gehört. Für das Erdgeschoss sei laut Bebauungsplan eine Gewerbenutzung möglich. Er könne verstehen, dass es für die Anwohner schwierig sei, ein Objekt vor die Nase gesetzt zu bekommen. Die Dichte der Gebäude sei allerdings zumutbar. Alle Abstandsflächen würden eingehalten werden. Er versichert, dass man gern ausgewichen wäre, wenn andere Flächen zur Verfügung gestanden hätten. Der Bezirk durchlebe massiven Bevölkerungszuwachs, weshalb Wohnraum dringend benötigt würde.

Herr Helmerichs (Gast) kritisiert die punktuelle Betrachtungsweise des Bezirks. Beispielhaft erörtert er Projekte in der Mecklenburgischen Straße und am Schlosspark. Er bemängelt, dass die Stadtentwicklung zu kapitalorientiert sei.

BV Chen fragt, ob eine Befreiung von Baugrenzen für die Fassadenbegrünung möglich sei.

Frau Giehler (Leitung Stadtentwicklungsamt) antwortet, dass eine Bepflanzung grundsätzlich möglich sei. Eine Befreiung brauchte man nur für bauliche Maßnahmen

BV Gusy findet die Kritik von **Herrn Helmerich** nicht unberechtigt. Man benötige eine übergeordnete Planung. In 2023 treffe komme deswegen die Bereichsentwicklungsplanung.

Herr Eschenburg (Gast) fragt, ob im Bebauungsplan auch geregelt sei, dass auf den Dächern mit Fotovoltaikanlagen gearbeitet werde.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass laut Solargesetz mindestens 30 Prozent der Dachfläche mit Fotovoltaikanlagen ausgestattet sein müssten.

TOP 7 Brücke über die Spree für Bedürfnisse von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden priorisieren

Der TOP wird vertagt.

TOP 8 Nachverdichtungspotentiale heben

BV Heyne begründet, dass neuer Wohnraum auf ungenutzten Flächen des Einzelhandels entstehen könne. Grundlage sei die vorangegangene Studie zur Überbaubarkeit. Er fordert deshalb das Bezirksamt auf, den Erkenntnissen nachzugehen und das Nachverdichtungspotential für 1.300 neue Wohneinheiten zu nutzen, um dem Druck auf dem Berliner Wohnungsmarkt entgegenzuwirken.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass seit Bekanntwerden der Studie fortlaufende Gespräche mit den Einzelhändlern geführt worden wären und weitere Anträge schon auf dem Weg wären, um genau den Forderungen nachzugehen.

BV Spielberg findet den Antrag grundsätzlich nachvollziehbar. Sie ist der Ansicht, dass er allerdings durch Verwaltungshandeln erledigt sei.

BV Gusy zeigt sich verwundert über den Antrag, da einige Projekte wie das in der Trabener Straße oder am Mierendorffplatz bereits im Ausschuss besprochen worden seien.

BV Brzezinski wendet ein, dass die 17 Standorte noch nicht umgesetzt worden und der Antrag damit noch nicht durch Verwaltungshandeln erledigt sei.

BV Kohler findet den Antrag unterstützenswert.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung: 7

Ablehnung: 10

Enthaltung: 1

TOP 9 Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen

Der TOP wird vertagt.

TOP 10 Per Express in die City-West

Der TOP wird vertagt.

TOP 11 Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten

Der TOP wird vertagt.

TOP 12 Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk - Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!

Der TOP wird vertagt.

TOP 13 Verschiedenes

Dazu gibt es keine Anmerkungen.

TOP 14 Nichtöffentlicher Teil

Dazu gibt es keine Anmerkungen.

Der Vorsitzende, **BV Fenske**, bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t 20. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.01.2023
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:15 Uhr
Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

<u>Anwesende:</u> Sibylle Centgraf	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Jun Chen	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ansgar Gusy	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Nico Kaufmann	SPD-Fraktion
Claudia Spielberg	SPD-Fraktion
Wolfgang Tillinger	SPD-Fraktion
Karsten Sell für Christoph Brzezinski	CDU-Fraktion
Hans-Joachim Fenske	CDU-Fraktion
Johannes Heyne	FDP-Fraktion
Rüdiger Deißler	LINKE-Fraktion
Martin Kohler	AfD-Fraktion
Uta Bauer	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Uwe Szelag	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kristina Göllner	SPD-Fraktion
Michael Kunert	CDU-Fraktion
Dr. Jürgen Lautsch	CDU-Fraktion
Mechtild Vogt	Seniorenvertretung

Tagesordnung

- 1 **Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung**
- 2 **Annahme offener Niederschriften 18. Sitzung**
- 3 **Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung**
- 4 **Vorstellung und Sachstand Masterplan Hertzallee Sen SBW**
- 5 **Kulturstandort und Erholungsfläche am Fasanenplatz
CDU-Fraktion
0202/6**
- 6 **Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
0361/6**
- 7 **Per Express in die City-West
SPD-Fraktion
0366/6**
- 8 **Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr
Aufenthaltsqualität umgestalten
SPD-Fraktion
0368/6**
- 9 **Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk –
Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!
Fraktion DIE LINKE
0371/6**
- 10 **Verschiedenes**
- 11 **Nichtöffentlicher Teil: Sachstand WOGA Komplex**

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende, **BV Fenske**, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

BV Deißler bittet darum, den TOP 9 zu vertagen.

BV Spielberg bittet darum, den TOP 8 zu vertagen.

Dem wird nachgegangen.

BV Gusy weist darauf hin, dass es einen Dringlichkeitsantrag zum Fasanenplatz gebe, welcher unter TOP 5 mitbehandelt werden würde.

zu 2 Annahme offener Niederschriften 18. Sitzung

Die Niederschrift zur 18. Sitzung wird angenommen.

zu 3 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung

BzStR Schmitz-Grethlein verkündet, dass am 24.01.2023 der Verkündungsbeschluss zum Hofmeisterplatz gefasst worden sei. Außerdem sei der Verkündungsbeschluss zum Bebauungsplan IX-149-I am 22.12.2022 in Kraft getreten. In Bezugnahme zu **BV Gusy** zur letzten Sitzung wird eine Planskizze zur russisch-orthodoxen Kirche in der Berliner Straße ausgegeben. **BzStR Schmitz-Grethlein** informiert darüber hinaus, dass es in der Neuen Kantstraße 4 eine Baustelle zum Zwecke des Dachgeschossausbaus gegeben hätte. Die Genehmigung dafür sei 2018 erteilt worden. In der Zwischenzeit hätte es dort mehrere ordnungsbehördliche Verfahren gegeben. Seit 2021 gebe es diesbezüglich keine neuen Erkenntnisse. Auf die Nachfrage von **BV Fenske** informiert er zum Verfahren in der Westendallee 77-79. Die Planung sei im Sinne des Denkmalschutzes und in Hinblick auf die Sichtachse am Brixplatz erfolgt. Der Bauherr hätte angekündigt, einen entsprechenden Bauantrag im Frühjahr einzureichen. Zum Friedrichsthaler Weg 25a-27 könne er darlegen, dass es im Jahr 2016 eine Genehmigung zum Bau eines Mehrfamilienhauses gegeben hätte. Diese Genehmigung sei zwei Mal verlängert worden und sei dadurch mittlerweile erloschen. Man sei allerdings schon in Gesprächen für eine Nachverdichtung.

BV Deißler fragt nach dem Inhalt der Stellungnahme durch das Bezirksamt zu den Umbauarbeiten am Dreieck Funkturm.

BzStR Schmitz-Grethlein antwortet, dass er darauf in der nächsten Sitzung Bezug nehme. Momentan arbeite man noch an der Stellungnahme und sei in Abstimmung mit der Senatsverwaltung.

Fenske fragt, ob es gesichert sei, dass am 08.02.2023 eine Sitzung stattfinde.

BzStR Schmitz-Grethlein bejaht.

BV Gusy interessiert, warum die Absperrung am Adenauerplatz noch immer über den Fußgängerweg hinaus gehe.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass man intensiv dabei sei, über die Weiterentwicklung des Grundstückes zu sprechen. Es liege nicht in seiner Hand, Änderungen am Bauzaun vorzunehmen.

zu 4 Vorstellung und Sachstand Masterplan Hertzallee Sen SBW

BzStR Schmitz-Grethlein führt an, dass das Projekt in der Hertzallee sehr umfangreich sei und über die Bezirksgrenze hinaus gehe. Deshalb sei es sinnvoll, dass die Senatsverwaltung die Leitung übernehme. Gleichzeitig sei man allerdings im Austausch, um auch die Auswirkungen auf den Bezirk im Blick zu behalten. Ein grober Rahmenplan sei bereits vom Senat entwickelt worden, welcher heute dem Ausschuss vorgestellt würde.

Frau Rehfeld (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Bauen und Wohnen) präsentiert den Planungsstand zum Projekt in der Hertzallee/Hardenbergplatz. Seit 2018 arbeite sie an dem Projekt. Ziel sei es, eine angemessene urbane Nutzungsmischung zu erreichen. Dafür sei man mit allen Gebietsakteuren ins Gespräch gegangen und habe mehrere Öffentlichkeitsverfahren durchgeführt. So habe man beispielsweise herausgefunden, dass unter der Hertzallee Nord eine unterirdische Regenwasserrinne fließe, die Busbetriebshaltestelle für die BVG ein wichtiger Standort sei und in der Hertzallee Süd eine Durchwegung erwünscht sei. Da man festgestellt habe, dass das geplante Gebiet sehr umfangreich ist und unterschiedliche Teilbereiche verschiedene Dynamiken aufweisen würden, habe man sich entschieden, den Komplex in drei Verfahren aufzuteilen – Hertzallee Nord, Hertzallee Süd und den Hardenbergplatz. Im Bereich der Hertzallee Nord seien Neubauten für die TU geplant. Dazu gehöre der IT-Tower, ein neues Laborgebäude sowie Unterbringungsmöglichkeiten für Gastwissenschaftler. Außerdem sei ein Bus-Depot der BVG angedacht. Auf dieser Fläche solle auch die Umstellung auf den Elektroantrieb stattfinden. Zusätzlich plane man, Studentenwohnungen und Wohnraum für die Öffentlichkeit zu errichten (circa 125 Wohnungen). Durch mehrere Gutachten ermittle man den Freiraumbedarf und führe Schalluntersuchungen durch. Es sei eine weite Grünraumschneise und multifunktional genutzte Dachflächen geplant.

BD Lautsch bedankt sich für den Vortrag. Er möchte wissen, wie der weitere Verlauf aussehe. Der Platz sei ein Aushängeschild für den Bezirk. Er merkt an, dass auch in Erwägung gezogen werden könnte, einen internationalen Wettbewerb auszuschreiben. Darüber hinaus bittet er darum, den Ausschuss weiterhin über das Vorgehen zu informieren.

BV Spielberg fragt, wie die Hochpunkte in Bezug zum bestehenden Umfeld sein würden. Sie interessiert auch, ob man an eine horizontale Begrünung gedacht hätte.

BV Kaufmann erkundigt sich danach, in welcher Trägerschaft die 125 Wohnungen sein würden. Er möchte außerdem wissen, wer die urbanen Mischbauten bauen würde.

Frau Rehfeld unterstreicht, dass die Wettbewerbe zur architektonischen Gestaltung stattfinden würden und das in diesen auch alle wichtigen Parameter, die man sich gesetzt hätte, mitbedacht werden würden. Dazu gehöre beispielsweise auch, dass die zwei Hochhäuser am Breitscheidplatz charaktergebend sein sollen. Eine

horizontale Begrünung sei angedacht. Im Allgemeinen achte man auf Klimaanpassungen und eine angemessene Befeuchtung. Alle Freiraumfugen sollen beispielsweise begrünt werden und mindestens halböffentlich zugänglich sein. Das Erdgeschoss und die Obergeschosse seien auch für die Öffentlichkeit gedacht. Momentan würden noch Untersuchungen zu den Auswirkungen des Windes in entsprechender Höhe stattfinden. Auf dem Gelände würden nach aktuellem Stand 500 Studierendenappartements, 90 Gästewohnungen und 125 Wohnungen für die Öffentlichkeit entstehen. Da die Bodenordnung noch nicht feststehe, könne sie nicht beantworten, wie die Besitzverhältnisse zukünftig aussehen würden.

BD Lautsch fragt nach, ob sich das Gebiet proportional dem Breitscheidplatz unterordnen solle. Er weist darauf hin, dass flache Gebäude auch keine gute Wirkung im städtebaulichen Umfeld haben können. Beispielhaft führt er das Gebäude in der Kantstraße gegenüber des Theaters des Westens an.

Frau Rehfeld entgegnet, dass es angestrebt sei, die Gebäude schmal und elegant wirken zu lassen.

BV Chen bedankt sich für die Vorstellung. Er weist darauf hin, dass im IT-Tower durch eine große Anzahl an Rechnern viel Abwärme entstehen würde. Er fragt, ob es die Möglichkeit gebe, diese zu nutzen. Zusätzlich möchte er erfahren, ob man in den höheren Geschossen auch an den Vogelschutz gedacht hätte und was aktive EG-Zonen bedeuten würden.

BV Heyne stellt fest, dass keine Stellplätze für PKW und keine Tiefgarage angedacht seien. Er erkundigt sich, wie viele Arbeitsplätze erwartet würden und wie man den Mobilitätsanforderungen nachkommen wolle.

BV Kohler hebt hervor, dass er es wichtig finde, die Gebäude in einem angemessenen Stil zu gestalten. Er fragt, ob das Gästehaus zur universitären Nutzung zähle oder zum Komplex Wohnen gehöre.

BV Fenske schließt die Rednerliste.

Frau Rehfeld entgegnet, dass auf den Vogelschutz in den Architekturwettbewerben aufmerksam gemacht werden würde. Im Erdgeschoss habe man Ausstellungsräume oder ein Foyer im Kopf. Ein konkretes Konzept gebe es allerdings noch nicht. **BV Heyne** antwortet sie, dass man sich für den Standort keinen besseren Anschluss mit den öffentlichen Verkehrsmitteln vorstellen könne. Das Gästehaus sei kein einzelnes Gebäude. Die 90 Wohnungen würden zum Wohnkomplex gehören.

BV Gusy empfindet den IT-Tower in Anbetracht der Hochpunkte sinnvoller für Wohnraum. Er kritisiert, dass das Bus-Depot nicht bebaut würde und dass die Kita eine zu geringe Fläche hätte und dass die soziale Infrastruktur zu gering gedacht sei. Darüber hinaus findet er es nicht ideal, die Aufenthaltsflächen auf die Dachflächen zu legen. Er fragt, ob man die Auswirkungen auf die anderen Stadtzentren untersucht hätte, da hier ein neues Stadtzentrum entstehen würde.

BV Göllner lobt das Projekt, obgleich sie sich einen höheren Wohnanteil gewünscht hätte. Sie fragt, ob das Berliner Modell angewendet werden würde, welchen Investor die Wohnungen hätten und wie eine optimale Zeitschiene aussehen würde.

BV Deißler fragt, ob wohnungslose Menschen auch die Dachflächen nutzen könnten.

Frau Rehfeld antwortet, dass die S-Bahntrasse maßgeblich für die Gestaltung der Höhen sei. Man hätte außerdem geprüft, ob die Fläche der BVG noch weiter bebaut werden könnte, hätte aber -unter anderem aus Gründen des Brandschutzes bei Elektrofahrzeugen- festgestellt, dass eine weitere Bebauung nicht möglich sei. Auf der Fläche seien zwei Kindertagesstätten vorgesehen, eine für Studenten in Kooperation mit dem Studierendenwerk und eine öffentliche. Momentan sei noch unklar, welche Investoren welche Teile übernehmen würden. Man befinde sich dabei, die planungsrechtlichen Verträge zu erarbeiten, um dann einen Rahmenvertrag mit allen Akteuren festzulegen. Die Festsetzung des Bebauungsplans werde nicht vor 2024 erfolgen.

BV Heyne bringt an, dass bei diesem Vorhaben die parlamentarische Kontrolle durch das Eingehen von städtebaulichen Verträgen entzogen werden würde.

Frau Rehfeld erklärt, dass einem städtebaulichen Vertrag immer auch eine Bodenordnung zugrunde liegen würde.

BzStR Schmitz-Grethlein ergänzt, dass es ein Wechselspiel zwischen städtebaulichem Vertrag und Bebauungsplan gebe. Bevor man einen Vortrag eingehe, müssten alle inhaltlichen Vorgaben geklärt werden.

Frau Rehfeld äußert, dass es momentan noch nicht möglich sei, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu entwickeln, da es für die einzelnen Baufelder noch keine zuständigen Akteure gebe.

BV Gusy fragt, wie die Leitlinien der Bürgerbeteiligung später umgesetzt würden.

Frau Rehfeld erklärt, dass es noch viele Unklarheiten gebe. Diese würden erst geklärt werden, bevor man in eine Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit gehe.

BV Gusy antwortet sie, dass der Umgang mit Obdachlosen bereits 2018 zusammen mit der Stadtmission ein Thema gewesen sei. Dort hätte man Projekte wie Housing First besprochen. Es sei allerdings nicht möglich, dies in den Bebauungsplan mit aufzunehmen. Ihr ist nicht bekannt, ob Obdachlose die Dachfläche nutzen können. Bezüglich der Abwärme sei man bereits in Gespräche mit der TU gegangen. Allerdings gebe es noch kein Energiekonzept, um die Restwärme nutzen zu können.

zu 5 Kulturstandort und Erholungsfläche am Fasanenplatz

BV Sell stellt den vorliegenden Dringlichkeitsantrag vor, welcher ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU sei. Wenn dieser gemeinsame Antrag beschlossen würde, werde der vorherige Antrag zurückgezogen.

BV Heyne äußert Kritik an der Vorgehensweise des Antrages. Es erschließe sich für ihn nicht, wo der Sinn eines Dringlichkeitsantrages liege. Ein Änderungsantrag hätte denselben Zweck erfüllt. Er empfindet die große Eile und Einigkeit der beteiligten Fraktionen als Wahlkampf, da der Dringlichkeitsantrag inhaltlich stark dem CDU-Antrag ähnele und vor der Wiederholungswahl keine BVV mehr stattfinden würde. Es sei auffällig, dass dem Antrag so viel Aufmerksamkeit geschenkt werde, gerade

nachdem die Bürgerinitiative wieder aktiver geworden sei. Im Wesentlichen müsse es darum gehen, die Grundstückseigentümer miteinander ins Gespräch zu bringen und einen sinnvollen Weg zu finden. Auf inhaltlicher Ebene sei der Antrag demnach unterstützenswert.

BV Gusy äußert, dass die Bürgerinitiative sehr unzufrieden über den Antrag gewesen sei.

BV Sell weist darauf hin, dass der Antrag auch nach der Wahlwiederholung behandelt werden würde.

BV Spielberg wendet ein, dass der Antrag nicht zustande gekommen wäre, wenn keine fraktionsübergreifende Kommunikation stattgefunden hätte.

BV Juckel (Gast) findet den Antrag inhaltlich unterstützenswert. Es sei wichtig, dafür zu sorgen, dass Gespräche zustande kommen würden. Ihr würden Bedingungen fehlen, die eintreten würden, wenn die Gespräche nicht fruchten würden. Ihr sei der Antrag deshalb nicht weitgehend genug. Außerdem weist sie darauf hin, dass der Antrag zeitlich sehr ungünstig sei.

BV Sell empfindet die Ausführungen als deplatziert. Es sei entscheidend, dass etwas für die Bürger getan würde. Hier sei eine Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen entstanden, in die sich jede hätte einbringen können.

BV Heyne wendet ein, dass durch den Antrag der Konsens des Ausschusses beschworen würde. Die Bürgerinitiative hätte einen enormen Beitrag zum Fasanenplatz geleistet. Ihn wundere, dass sie nicht einmal namentlich im Antrag erwähnt würde.

BV Deißler führt aus, dass er mit dem Inhalt d'accord gehe, nicht allerdings mit der Umsetzung.

BV Gusy bringt ein, dass die Anmerkungen der Bürgerinitiative in den Antrag eingeflossen wären. Er stimmt zu, dass das Verfahren zum Antrag optimiert hätte werden können.

BV Heyne bittet um eine Unterbrechung der Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung für fünf Minuten

Abstimmungsergebnis

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

Enthaltung: 3

zu 6 Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen

Der TOP wird vertagt.

zu 7 Per Express in die City-West

Der TOP wird vertagt.

zu 8 Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten

Der TOP wird vertagt.

zu 9 Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk – Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!

Der TOP wird vertagt.

zu 10 Verschiedenes

BV Gusy zieht den Antrag 0398/6 zurück.

zu 11 Nichtöffentlicher Teil

BzStR Schmitz-Grethlein informiert zum Sachstand in der Kolonie Mannheim. Dort gebe es zwei Komplexe. Einerseits gehe es um den Abbruch einer übergroßen Laube, hier werde momentan ein artenschutzrechtliches Gutachten im Rahmen einer Ersatzvornahme durchgeführt. Andererseits gehe es um einen städtebaulichen Vertrag zu zukünftigen Entwicklung des Areals.

BV Tillinger fragt, aus welchem Grund es ein artenschutzrechtliches Vorgehen gebe. Er fragt, ob es sich um Fledermäuse im Objekt handeln würde.

BzStR Schmitz-Grethlein stimmt zu, dass das die inhaltliche Aussage der anwaltlichen Vertretung gewesen sei.

BV Heyne fragt, wie mit den weiteren übergroßen Lauben umgegangen werde.

BzStR Schmitz-Grethlein antwortet, dass diese sukzessiv abgearbeitet werden würden.

BD Szelag fragt, ob das Wohnen in der Laube rechtlich untersagt werden könne.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass rein rechtlich dort nicht dauerhaft gewohnt werden dürfe.

BzStR Schmitz-Grethlein führt weiter aus, dass sich das Abschließen der städtebaulichen Verträge in der Kolonie Mannheim als schwierig gestalten würde. Deshalb würde er zur nächsten Mitgliederversammlung gehen.

Im Hohenzollerndamm 38/39 hätte es einen erneuten Wasserschaden gegeben. Man hätte nun einen unabhängigen Gutachter beauftragt, der prüfen solle, ob die Bausubstanz erhalten werden könne.

BD Kunert sei zugetragen worden, dass die Fenster absichtlich offengelassen worden seien.

BzStR Schmitz-Grethlein informiert außerdem zum Westkreuzpark. Hier hätte am vergangenen Freitag ein Mediationsverfahren vor dem Kammergericht stattgefunden. Zusammengefasst könne er sagen, dass keine Einigung zustande gekommen sei. Man prüfe jetzt, welche Bereiche welcher Nutzung unterliegen würden und gehe mit dem Käufer in Gespräche.

BV Fenske bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitzender
Fenske

Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t

21. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin:	Mittwoch, 08.02.2023
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Raum, Ort:	BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

<u>Anwesende:</u> Sibylle Centgraf	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Jun Chen	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ansgar Gusy	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Nico Kaufmann	SPD-Fraktion
Claudia Spielberg	SPD-Fraktion
Wolfgang Tillinger	SPD-Fraktion
Karsten Sell für Christoph Brzezinski	CDU-Fraktion
Hans-Joachim Fenske	CDU-Fraktion
Johannes Heyne	FDP-Fraktion
Rüdiger Deißler	LINKE-Fraktion
Martin Kohler	AfD-Fraktion
Uta Bauer	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Uwe Szelag	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kristina Göllner	SPD-Fraktion
Michael Kunert	CDU-Fraktion
Dr. Jürgen Lautsch	CDU-Fraktion
Mechtild Vogt	Seniorenvertretung

Tagesordnung

- 1 **Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung**
- 2 **Annahme offener Niederschriften**
- 3 **Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung**
- 4 **Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
0361/6**
- 5 **Per Express in die City-West
SPD-Fraktion
0366/6**
- 6 **Dialogverfahren „ Stadteingang West“ SenSBW**
- 7 **Verschiedenes**
- 8 ***Nichtöffentlicher Teil: Sachstand WOGA Komplex***

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende, **BV Fenske**, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er bittet darum, den TOP 6 aufgrund eines Vortrages von **Frau Zimmermann** vorzuziehen. Dem wird zugestimmt.

zu 2 Annahme offener Niederschriften

Dazu gibt es keine Anmerkungen.

zu 3 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung

BzStR Schmitz-Grethlein teilt mit, dass der Verkündungsbeschluss für die Quedlinburger Straße 10-12 getroffen worden sei. Demnach könne nun in die Umsetzung gegangen werden. Mit einem Umfang von 250 Wohnungen sei der Wohnbebauungsplan der größte der letzten 10 Jahre.

BV Deißler könne er zur Nachfrage aus der letzten Sitzung antworten, dass man sich in der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren des Funkturmes kritisch zur Trassierung der Strecke äußern würde und einfließen lasse, dass man der Meinung sei, dass die umliegenden Gebiete von zusätzlichen Verkehren betroffen sein würden. Außerdem werde bei der DEGES anregen, eine Durchwegung für die Öffentlichkeit auf den Betriebswegen zu ermöglichen. Darüber hinaus äußere man sich kritisch zur angedachten Anknüpfung an das Stadtstraßennetz und weise darauf hin, dass der Denkmalschutz beachtet werden müsse. Weiterhin sollen die Sichtschutzbarrieren an den Autobahnen so gering wie möglich gehalten werden. Eine wichtige Komponente sei ferner die Errichtung von Entwässerung und Regenrückhaltebecken sowie die Einhaltung des Natur- und Artenschutzes. Dazu gehöre auch, die Eidechsen so wenig wie möglich umzusetzen.

Herr Krause (Bürger) regt an, dass sich das Gelände zwischen der Autobahn und der Bahn hervorragend für einen separaten Radschnellweg eignen würde.

BzStR Schmitz-Grethlein erklärt, dass man gegenüber der DEGES verdeutlicht hätte, dass Rad- und Fußverkehr einen hohen Stellenwert hätte. Allerdings sei die DEGES vorrangig für die Planung der Autobahn zuständig.

BV Heyne fragt, ob es eine Stellungnahme seitens des Bezirksamtes bezüglich der neuen Lage der Anschlussstelle Jafféstraße geben würde und wie sich das Bezirksamt gegenüber der DEGES im Planfeststellungsverfahren in Bezug auf das Entfallen der Autobahnausfahrt Halensee verhalten würde.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass man bezüglich der Jafféstraße noch in Gesprächen mit den Siedlervereinen stecke und somit noch nicht abschließend sagen könne, wie man sich positioniere. Bezüglich der Halenseeabfahrt wolle man sich einbringen und für einen Erhalt plädieren.

BV Centgraf betont, dass eine vorausschauende Planung gerade beim Artenschutz essenziell sei. In Heidelberg habe man Eidechsenhabitate zwei Mal umsetzen müssen.

BzStR Schmitz-Grethlein stimmt zu. Zusammen mit dem Umwelt- und Naturschutzamt teile man diese Auffassung.

BV Chen erläutert, dass die Rückbauarbeiten am Heizkraftwerk Wilmersdorf noch nicht abgeschlossen wären und fragt nach einer möglichen Nachnutzung.

BzStR Schmitz-Grethlein führt aus, dass geschaut werde, wie man eine gewerbliche oder kulturelle Nutzung umsetzen könnte, eine energetische Nutzung hätte allerdings Priorität. **BV Deißler** antwortet er in Bezugnahme zur letzten Sitzung, dass die Baugenehmigung in der Windscheidstraße 3 und 3a nicht verlängert werde, da sie zwischenzeitlich erloschen sei. Im Jahr 2021 hätte es eine Abbruchgenehmigung gegeben. Man prüfe, wie damit umgegangen werde.

BV Chen wirft ein, dass nach dem Erlöschen der Baugenehmigung ein Zweckentfremdungsverfahren eingeleitet worden wäre.

BzStR Schmitz-Grethlein stimmt zu. Ein Zweckentfremdungsverfahren sei eingeleitet worden. Jedoch bestehe die Abbruchgenehmigung noch.

BV Deißler werde er bezüglich der Begründung von Wohneigentum in der Neuen Kantstraße 31 alle Informationen schriftlich zukommen zu lassen.

Außerdem erklärt **BzStR Schmitz-Grethlein**, in Bezugnahme zum Bebauungsplan 4/64, dass der Bauantrag der DEGEWO noch nicht vorliege. Alle Bauanträge seien grundsätzlich nicht öffentlich zugänglich. Dies würde erst im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens erfolgen.

In der Kantstraße 49 hätte man für das Grundstück im Jahr 2021 ein Serviceapartmenthotel genehmigt und eine Nachverdichtung im Innenhof gestattet.

BV Heyne fragt, ob die Belange des Denkmalschutzes auf dem Gelände der Telekom am Heilmannring/Letterhausweg vollumfänglich beachtet worden wären.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass die Belange des Denkmalschutzes vollumfänglich berücksichtigt worden seien. Da sich das Baugrundstück am Rande des Denkmalensembles befände, werde dieses nicht gravierend.

BV Spielberg erfragt, ob es konkrete Zahlen zu den Abrissen und Abbrüchen im Bezirk gebe. Außerdem möchte sie erfahren, wie viele Baugenehmigungen es in der letzten Wahlperiode gegeben hätte und wie eine Gegenüberstellung aussieht.

BzStR Schmitz-Grethlein hebt hervor, dass sich die Anzahl der Genehmigungen für Wohnungen im Vergleich zur letzten Wahlperiode deutlich erhöht hätte.

BV Kunert fragt nach Neuigkeiten zum Grundstück in der Wiesbadener Straße. Darüber hinaus möchte er wissen, wie die neu entstandenen Baufelder in der Sodener Straße angegangen würden.

BzStR Schmitz-Grethlein entgegnet, dass es keinen neuen Sachstand zur Wiesbadener Straße gebe. Für die Sodener Straße sei gerade der Nachtrag vom

städtebaulichen Vertrag unterzeichnet worden. Außerdem wäre eine Baugenehmigung für alle Baukörper erteilt worden.

Frau Giehler (Leitung Stadtentwicklungsamt) ergänzt, dass der Bauantrag vorliege und schon sehr weit in der Bearbeitung sei.

BV Chen fragt, wie das Bezirksamt die illegalen Baumfällungen in der Franklinstraße und das Bauvorhaben im Allgemeinen bewerte.

BzStR Schmitz-Grethlein schließt sich inhaltlich der Pressemitteilung von **BzStR Schruoffeneger** zu den illegalen Baumfällungen an. Unabhängig davon sei das Bauvorhaben grundsätzlich begrüßenswert.

BV Gusy führt an, dass die Anzahl der Baugenehmigungen deutlich höher sei als die, die vom Senat vorgesehen sei. Er fragt, wie viele Entsiegelungen für die Übererfüllung vorgenommen worden wären.

BzStR Schmitz-Grethlein zeigt auf, dass mit jedem Neubau eine qualitative Verbesserung der Freiflächen angestrebt werde. Genau Zahlen zu den Entsiegelungsmaßnahmen seien ihm nicht bekannt.

zu 4 Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen

BV Fenske verliert den Änderungsantrag.

BV Chen begründet, dass es ein massives Problem mit der Spielplatzversorgung im gesamten Bezirk, sowie im Land Berlin gebe. Deshalb sollen Bauabnahmen, dauerhafte Kontrollen und ein entsprechendes Monitoring wiedereingeführt werden.

BzStR Schmitz-Grethlein erläutert, dass auf den Umstand der fehlenden Abnahme schon mehrfach hingewiesen worden sei. Momentan gebe es allerdings nicht genügend Personal.

BD Szelag weitert aus, dass eine Kontrolle durch die Bauaufsicht grundsätzlich erfolgen solle, um zu prüfen, ob die baulichen Anforderungen erfüllt worden sind. Das Bezirksamt müsse sich vehement dafür einsetzen, dass Bauanforderungen kontrolliert und eingehalten würden.

BzStR Schmitz-Grethlein stellt dar, dass das Ziel der damaligen Reform der Bauordnung gewesen sei, eine Entbürokratisierung herbeizuführen, allerdings sei ein Prüfungsprogramm weiterhin sinnvoll. Mit anderen Bezirken zusammen könne man einfordern, dass eine Prüfung wiedereingeführt werde, denn momentan werde man auf Missstände nur durch Hinweise der Bevölkerung aufmerksam.

BV Heyne weist darauf hin, dass ein wesentlicher Bestandteil auch die Instandhaltung, Instandsetzung und Beibehaltung der Spielplatzflächen sein müsse. Er fragt, ob dem Bezirksamt Berichte über das sukzessive Verschwinden von Spielplätzen vorliegen würde. Es sei keine Seltenheit, dass nach und nach einzelne Spielgeräte aufgrund von Sicherheitsbedenken entfernt, dann jedoch nicht wiedererrichtet würden.

BzStR Schmitz-Grethlein hat diesbezüglich keine Datenlage.

Giehler (Leitung Stadtentwicklungsamt) ergänzt, dass man auf solche Probleme nur durch Hinweise der Bürger aufmerksam werde.

BV Heyne schlägt vor, den Aspekt der Instandhaltung in den Antrag aufzunehmen.

BV Brzezinsky wendet ein, dass solch ein Vorhaben zwingend mit Personal hinterlegt werden müsse. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass Gebäude lange Zeit leer stehen würden, weil eine Abnahme fehle.

BV Gusy fragt, ob alle städtebaulichen Verpflichtungen in einer großen Datenbank einzusehen wären.

BzStR Schmitz-Grethlein führt aus, dass alle städtebaulichen Verpflichtungen der letzten 15 Jahre mittlerweile digitalisiert worden wären. Es sei ein langwieriger, aber wichtiger Prozess gewesen.

BV Spielberg empfindet den Vorschlag von **BV Heyne** gut und wichtig. Sie schlägt vor, auch noch mögliche Konsequenzen bei Nichteinhaltung zu verankern.

BzStR Schmitz-Grethlein wendet ein, dass sich diese aus der Bauordnung ergeben würden.

BV Gusy verliert den Antrag in geänderter Fassung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Fassung

Zustimmung: 17

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

zu 5 Per Express in die City-West SPD-Fraktion

Der TOP wird vertagt.

zu 6 Dialogverfahren „Stadteingang West“ SenSBW

BzStR Schmitz-Grethlein erläutert, dass man sich am Anfang des Dialogverfahrens zur Gestaltung des Stadteingangs West befinde. Die Projektleiterin **Frau Zimmermann** werde einen Vortrag über den aktuellen Stand des Verfahrens halten, welches bis jetzt sehr kollegial und gemeinschaftlich zwischen der Senats- und Bezirksebene geführt worden wäre.

Frau Zimmermann begrüßt alle Anwesenden. Einführend erklärt sie, welche Gebiete zum sogenannten Stadteingang West gehören würden. Dazu zählten der Bereich um den Funkturm, das Westkreuz, das Messegelände, der Güterbahnhof Grunewald und die AVUS. Da dieser Raum für Viele ein Ankommen in Berlin darstelle, werde er Stadteingang genannt. Momentan gebe es noch viele Verkehrshindernisse, die überwunden werden müssten, allerdings blicke sie auf ein gemeinsames, kooperatives Zusammenarbeiten zwischen Bezirk und Senat. Als übergeordnetes

Ziel habe man sich gesetzt, die Grünstruktur und Sicherheit zu verbessern, die Wegestruktur zu erneuern und ein schlüssiges, städtebauliches Gesamtkonzept zu erschaffen. Dafür gebe es eine Koordinierungsrunde aus unterschiedlichen Akteuren, die schon seit mehreren Jahren bestehen würde. Ein erstes Strukturkonzept hätte gezeigt, dass das Gebiet ein hohes Potential und damit einhergehend einen großen Verbesserungsbedarf aufweise. Es gehe darum, den Westkreuzpark, den Grunewald und die Seenkette sinnstiftend miteinander zu verbinden. Mit dem Umbau des Autobahndreiecks Funkturm gehe großes Potential einher. Man müsse die richtige Nutzung zwischen Stadtquartier, den Umweltaforderungen, angemessenen Verbindungen in die Umgebung finden und sich allgemein fragen, wie die Stadt in 20 Jahren aussehen solle. Dabei müsse man sich bewusstmachen, dass die eigentliche Planung erst dann beginne, wenn der Umbau des Autobahndreieckes Funkturm abgeschlossen sei. In Vorbereitung würde man ein Dialogverfahren eröffnen, um Raum für politische Diskussionen zu schaffen und eine öffentliche Beteiligung zu ermöglichen. Innerhalb der Voruntersuchungen hätte man das städtebauliche Qualifizierungspotential überprüft und versucht, limitierend auf die Bodenpreise einzuwirken. Anzuführen sei dort der Senatsbeschluss 05/2020 zum Gebiet vorbereitender Untersuchungen nach §165 (4) BauGB und der Senatsbeschluss 07/2020 zur Vorkaufsrechtsverordnung. Im Sommer habe es den ersten digitalen Auftakt geben, gefolgt von der ersten Beteiligungsveranstaltung für die Öffentlichkeit im Herbst. Hier wolle man schauen, wie die Stadt in Zukunft aussehen könne und den Bürgern ermöglichen, ihr lokales Wissen weiterzugeben. Noch sei unklar, auf welchen Flächen und in welchem Umfang Wohnen, Gewerbe und Grünlandschaft entstehen solle, deshalb werde man in einen wettbewerblichen Dialog treten. Im Moment würden acht Planungsteams am Verfahren teilnehmen. Der Auftakt habe bereits stattgefunden. Alle Büros hätten sich sehr engagiert gezeigt. Im Laufe des Verfahrens würden unterschiedliche Phasen durchlaufen werden. In einer Dialogwerkstatt würden die ersten Ideen vorgestellt werden. Ein Empfehlungsgremium setze sich dann mit den Entwürfen auseinander und reduziere die Büros auf vier verbleibende. Diese würden ihre Planungsideen dann weiterentwickeln bis schlussendlich der sogenannte Masterplan entstehen würde, der Grundlage für die anschließenden Verfahren sei. Während der gesamten Zeit solle die Öffentlichkeit partizipieren können, weshalb mehrere Öffentlichkeitsveranstaltungen angesetzt sein würden. Die erste würde bereits am 20.02.2023 auf der AVUS-Tribüne stattfinden. Alle weiteren Informationen zu den Öffentlichkeitsveranstaltungen und zum aktuellen Stand der Planung könnten online auf der Internetseite des Senats eingesehen werden.

BV Tillinger bedankt sich für die Präsentation. Er möchte wissen, ob die Autobahnabfahrten schon so konkret feststehen würden, dass man die angrenzenden Flächen beplanen könne.

Frau Zimmermann antwortet, dass die Planungsfeststellungsunterlagen zum Autobahndreieck Funkturm bekannt seien. Die Autobahnzu- und abfahrten seien damit schon weitestgehend fixiert und auch die Autobahnführung bekannt.

BV Tillinger erfragt, ob jeder Einwurf auf Veränderungen damit sinnfrei wäre.

BzStR Schmitz-Grethlein erläutert, dass es schwierig sei, große Veränderungen zu erwirken. Wenn es allerdings große Probleme geben würde, könne man flexibel reagieren. Bei einem optimalen Zeitverlauf hätte man die umliegenden Flächen

schon vor zehn Jahren mit in den Autobahnumbau eingeplant. Da dies nicht mehr möglich sei, dränge man darauf, die zu nutzenden Flächen um die Autobahn herum so groß wie möglich zu halten.

BV Spielberg erkundigt sich danach, wie der Denkmalschutz eingehalten werde.

Frau Zimmermann antwortet, dass eine visuelle Integrität der Denkmale sichergestellt werden müsse, um dem Denkmalschutz gerecht zu werden. Klar sei, dass sich die Sichtbarkeit durch den Umbau verändern werde. Sie hofft auf gute Entwürfe der Planungsteams.

BV Gusy fragt, ob der Bodenpreis nicht gefestigt sei, wenn der Senat den Prozess schon begonnen hätte. Ihn interessiert außerdem, ob die verschiedenen Querungen schon für die unterschiedlichen Gruppen gesichert wären und inwieweit man in Hinblick auf die Deutsche Bahn als Akteur Einfluss auf die Gestaltung des Gebietes nehmen könne. **BV Gusy** erfragt auch, wie die Öffentlichkeitsmeinung in die Jury einfließen würde und welche Vorgaben die Büros bezüglich des Klimaschutzes erhalten würden.

Frau Zimmermann erläutert, dass die HOWOGE den Güterbahnhof gekauft hätte. Grundsätzlich müssten das Land Berlin und der Bezirk bei Verkäufen des Bodens zustimmen und überlegen, ob das Land selbst erworben werden solle. In der Aufgabenbeschreibung für die Planungsteams würde man eindeutig hervorheben, dass Verbindungen für den Fuß- und Radverkehr geschaffen werden müssten.

BzStR Schmitz-Grethlein zeigt auf der Karte die angedachten Verbindungen für den Auto-, Rad-, und Fußverkehr. Er ergänzt, dass auch ein Logistikhub vorgesehen sei. Dieser könne möglicherweise auf dem Bahngelände entstehen.

Frau Zimmermann antwortet **BV Gusy**, dass über das Beteiligungsbüro ein Rückblick aus den Öffentlichkeitsveranstaltungen an das Empfehlungsgremium gegeben werden würde. Vom Empfehlungsgremium gebe es dann auch eine Rückmeldung an die jeweiligen Teams. Selbstverständlich würden die Aspekte der Nachhaltigkeit mitgedacht werden. Was das im Konkreten bedeute, würden die zukünftigen Bebauungspläne zeigen.

BV Brzezinsky bedankt sich für die Präsentation. Er möchte erfahren, welche Verfahren im Anschluss an den Masterplan folgen würden und wie eine realistische Zeitschiene aussehen würde. Er regt außerdem an, das Projekt an relevanten Abschnitten noch einmal mit dem Stadtentwicklungsausschuss zu besprechen.

Frau Zimmermann verdeutlicht, dass man versuche, die Verfahren zu bündeln, damit man schnellstmöglich agieren könne. Die Baustellen würden auf jeden Fall bis in die 2030er Jahre andauern. Erst wenn der Bau des Funkturmdreieckes fertiggestellt sei, könne man die Straßenzüge et cetera ansetzen. Man arbeite daran, die Planungsverfahren parallel anzugehen.

BzStR Schmitz-Grethlein ergänzt, dass man versuche, die Planungsprozesse so fertig zu stellen, dass die Umgebung direkt in Anschluss an die Autobahnabschnitte umgebaut werden könne.

Frau Zimmermann betont noch einmal, dass ein guter Schulterschluss zwischen dem Bezirk und dem Senat wichtig sei, damit man zu guten Projekten im Land Berlin komme.

BV Chen fragt, wie **Sandra Zimmermann** die Zusammenarbeit mit der DEGES bewertet.

Frau Zimmermann führt an, dass der Austausch über ein 3D-Modell mit der DEGES sehr gut funktioniert hätte. Grundsätzlich sei die DEGES damit beauftragt, eine Autobahn zu planen. Deshalb müsse geschaut werden, wie die städtebaulichen Wünsche in das Konzept integriert werden könnten.

BD Szelag legt dar, dass es in Berlin öfter vorkomme, dass Straßenzüge mehrmals hintereinander von Baustellen unterbrochen würden. Er wünsche sich deshalb eine integrative Planung. Man solle im Vorhinein zusammenarbeiten und ein übergeordnetes Konzept erstellen. Es sei sinnfrei, erst die Autobahn und dann die innerörtlichen Anschlussmöglichkeiten zu planen.

BV Kaufmann führt an, dass solch ein Vorgehen von allen gewünscht sei. Das Problem sei meist die gesetzliche Grundlage.

BzStR Schmitz-Grethlein stellt klar, dass diese Bestrebung fraktionsübergreifend geteilt werde. Aber da es unterschiedliche Planungs- und Kostenträger gebe, sei es am sinnvollsten, die Planung so zu terminieren, dass Anschlussprojekte schnell starten könnten.

BV Fenske fragt nach, ob die Präsentation von **Sandra Zimmermann** im Dateiformat zur Verfügung gestellt werden könne.

Frau Zimmermann stimmt zu.

BV Fenske bedankt sich für die Vorstellung und verabschiedet **Sandra Zimmermann**.

zu 7 Verschiedenes

Dazu gibt es keine Anmerkungen.

zu 8 Nichtöffentlicher Teil: Sachstand WOGA Komplex

BzStR Schmitz-Grethlein informiert, dass im Gebäude Hohenzollerndamm 38, 39 noch immer eine Familie wohne. Zurzeit gebe es noch keine endgültige Einigung zwischen beiden Parteien, jedoch sei die Wohnung in keinem guten Zustand. Parallel sei von bezirklicher Seite ein Gutachten zur Prüfung der Bausubstanz in Auftrag gegeben worden.

BD Kunert erkundigt sich nach der Schwere des Wasserschadens und fragt, ob Sicherungsmaßnahmen vorgenommen worden wären.

BzStR Schmitz-Grethlein ist bekannt, dass der Eigentümer Ersatzwohnungen zur Verfügung stellen müsse. Momentan sei die Wohnung feucht.

BV Heyne weist darauf hin, dass ihm rechtliche Konsequenzen nach seiner Presseerklärung zu den Vorgängen im Hohenzollerndamm angedroht worden wären.

BzStR Schmitz-Grethlein führt ein, dass es zum WOGA-Komplex ein Gutachterverfahren im Jahr 2015 gegeben hätte. In Anlehnung an Pläne von Mendelsohn wären dann erste Entwürfe, die mit sehr viel Glas gearbeitet hätten, entstanden. Im Jahr 2016 hätte es dann einen Antrag beim Bezirksamt auf Genehmigungsfreistellung und einen Antrag auf eine denkmalgerechte Genehmigung gegeben. Diesen hätte das Amt für Stadtentwicklung nicht beschieden. Im Jahr 2021 hätte das Verwaltungsgericht mitgeteilt, dass das Bezirksamt die Anträge bescheiden müsse. Damit müssen man die beantragten Ausnahmen zur Bebauungstiefe und zur Geschossigkeit erteilen. Allerdings könne eine denkmalgerechte Genehmigung nach jetzigem Stand nicht ohne Weiteres erteilt werden. Das bedeutet im Konkreten, es gebe momentan ein Baurecht für den Investor, aber keine Genehmigung für den Entwurf. Deshalb habe man das Landesdenkmalamt um Stellungnahme gebeten und diese auch im Oktober erhalten. Zusammengefasst gehe es darum, dass die Entwürfe nicht zur Neuen Sachlichkeit, welche Mendelsohn entstehen lassen wollte, passten. Das bedeute, ein neuer Entwurf müsse gefertigt und abgestimmt werden. Im Dezember habe man ein erstes Gespräch mit dem Eigentümer gehabt. In diesem habe man dargestellt, dass die gewünscht Baumasse zu groß sei und dass der Bezirk Wert auf eine Kita lege. Nun warte man eine Überarbeitung ab, zu welcher man sich wieder eine denkmalschutzrechtliche Meinung einholen werde. Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes werde man allerdings eine Genehmigung erteilen müssen. Seitens der Nachbarn sei Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes eingelegt worden.

BD Lautsch fragt, ob auf das Bezirksamt Schadensersatzansprüche zukommen könnten.

BzStR Schmitz-Grethlein stimmt zu. Auf das Bezirksamt könnten Schadensersatzansprüche zukommen, da der Antrag fünf Jahre lang nicht beschieden worden wäre.

BV Deißler fragt, ob das Bezirksamt in Berufung hätte gehen können.

Frau Giehler (Leitung Stadtentwicklungsamt) führt an, dass man formal in die Berufung gegangen wäre.

BV Tillinger fragt, ob es Neuigkeiten aus der Kolonie Mannheim gebe.

BzStR Schmitz-Grethlein erläutert, dass momentan noch eine artenschutzrechtliche Prüfung zur problematischen Laube laufe. Ein Ergebnis bekomme man am Ende des Monats. Wenn die Prüfung negativ ausfalle, könne man Mitte März zur Vollstreckung übergehen.

BV Fenske bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitzender
Fenske

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0366/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 überwiesen
11.01.2023	Stadt	Stad-019/6
25.01.2023	Stadt	Stad-020/6vertagt
08.02.2023	Stadt	Stad-021/6vertagt
14.06.2023	Stadt	Stadt 002/6 vertagt
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6

Per Express in die City-West

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in der 2023 beginnenden Erarbeitung des neuen Landesnahverkehrsplan Berlin dafür einzusetzen, dass die Buslinie X9 oder eine neue Express-Buslinie mit einer vergleichbaren Routenführung, die mindestens den U-Kurt-Schumacher-Platz, die Urban Tech Republic, den Bahnhof Jungfernheide, den U-Mierendorffplatz, den U-Richard-Wagner-Platz, den U-Ernst-Reuter-Platz und den Bahnhof Zoo in einem hochfrequenten Takt miteinander verbindet, wieder eingesetzt wird. So ist auch eine barrierefreie Fahrt mit dem ÖPNV aus Charlottenburg-Nord in die City-West wieder möglich.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez war die Buslinie X9 jahrelang die direkte Expresslinie in die City-West. Schnell, barrierefrei und ohne Umstieg zum Bahnhof Zoo zu gelangen, erfüllte für die Bürger:innen eine wichtige Funktion. Mit der Schließung des Flughafen Tegel wurde die Linie X9 jedoch eingestellt. Aktuell führt der Weg in die City-West für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez entweder mit der U-Bahn mittels Umstieg am nicht-barrierefreien U-Bismarckstr, mit der S-Bahn via Westkreuz oder mit der wesentlich längeren Busfahrt mit der Buslinie 109. Wir fordern deshalb, dass der X9er oder eine vergleichbare Express-Buslinie wieder eingesetzt wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0106/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
28.04.2022	BVV	BVV-007/6 überwiesen
07.06.2022	Schule	Schu-005/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
29.06.2022	Stadt	Stadt-010/6 vertagt
14.06.2023	Stadt	Stadt 002/6 vertagt
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6
	BVV	

Kein kommerzieller Stadionneubau im Olympiapark!

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Inneres, Digitales und Sport gegen Pläne für einen kommerziellen Stadionneubau auf dem Gelände des gesamten Olympiaparks auszusprechen. Entsprechend BVV-Beschluss [0846/5](#) möge sich das Bezirksamt für den konsequenten Erhalt der denkmalgeschützten Sport-, Grün- und Gartenflächen einsetzen.

Entsprechend BVV-Beschluss 0846/5 soll sich das Bezirksamt weiterhin bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, an laufenden oder zukünftigen Gesprächen von Hertha BSC, der Fan-Initiative „Blau-Weißes Stadion“ und der Senatsverwaltung beteiligt zu sein. Die BVV, bzw. der Schul- und Sportausschuss, sollen über alle Vorgänge monatlich und unaufgefordert informiert werden.

Das Bezirksamt setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass an allen Entscheidungen zu etwaigen Ausweichflächen im Bezirk, die zur Diskussion stehen sollten, entsprechend BVV-Beschluss 0846/5 alle betroffenen Sportvereine, und andere betroffene Institutionen sowie die Anwohner:innen zu beteiligen sind.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.

Begründung:

Im Olympiapark existiert bereits ein Stadion. Der kommerzielle Neubau einer abschließlichen Fußballarena in direkter Nachbarschaft ist sowohl aus Gründen des Denkmal- als auch des Umwelt- und Klimaschutzes abzulehnen. Maifeld und Maifeldtribüne stehen als Erinnerung an die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus unter

Denkmalschutz. Die wesentlichen Aspekte der Ideologie sollten beim Bau der Anlage ab 1934 ablesbar sein. Diese Stätte der Mahnung an die Verbrechen der deutschen Geschichte muss unbedingt erhalten bleiben.

Darüber stellt der Bau eines weiteren Stadions für bis zu 45.000 Besucher:innen in direkter Nachbarschaft des Olympiastadions eine großen Belastung für Umwelt und Klima sowie den Naherholungswert der gesamten Anlage dar. Ein Stadionneubau würde die Versiegelung einer riesigen Fläche sowie das Ende zahlreicher Sport- und Erholungsflächen bedeuten. Der Olympiapark ist jedoch als Naherholungsgebiet, als historisches Denkmal sowie als Sportstätte für eine Vielzahl von Vereinen zu erhalten und darf nicht für die kommerziellen Interessen eines einzigen Fußballvereins nachhaltig und auf Kosten der Stadtgesellschaft verändert werden.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Röder/Biewener

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0905/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
18.10.2018	BVV	BVV-024/5 überwiesen
23.02.2022	Stadt	Stadt-002/6 vertagt
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6
	BVV	

Freie Fahrt für Fahrradfahrer*innen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Zuge der Neugestaltung des Hardenbergplatzes die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad bedacht wird. Insbesondere auf der Joachimsthaler Straße, Kantstraße, Budapester Straße und Kurfürstenstraße müssen Angebote für den Fahrradverkehr geschaffen werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2018 zu berichten.

Begründung:

Der Hardenbergplatz ist ein wichtiger Knotenpunkt der City-West. Doch nicht nur der Individual- und Personenverkehr ist täglich am Hardenbergplatz unterwegs, auch viele Fahrradfahrer*innen passieren vor allem zur Rush-Hour den Hardenbergplatz. Derzeit sind aber sowohl die Angebote für den Fahrradverkehr in den umliegenden Straßen, als auch auf dem Hardenbergplatz selbst nur spärlich vorhanden. Die Neustrukturierung des Hardenbergplatzes bietet daher die Möglichkeit den Fahrradverkehr mitzudenken.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1533/5****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
28.05.2020	BVV	BVV-044/5 überwiesen
07.08.2020	Stad	Stad-083/5vertagt
02.09.2020	Stad	Stad-086/5vertagt
16.09.2020	Stad	Stad-087/5vertagt
02.06.2021	Stad	Stad-107/5vertagt
16.06.2021	Stad	Stad-108/5vertagt
18.06.2021	Stad	Stad-109/5vertagt
23.02.2022	Stadt	Stadt-002/6vertagt
26.10.2022	Stadt	Stadt-015/6vertagt
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6
	BVV	

Neubau in der Reichsstraße II

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, wie in der Vorlage zur Kenntnisnahme (DS 1346/5) als mögliche Handlung vorgeschlagen, für das beschriebene Gebiet einen Bebauungsplan Grünfläche aufzustellen. Eventuell notwendige Änderungen im Flächennutzungsplan und Bereichsentwicklungsplan sind sofort einzuleiten. Gleichzeitig soll ein Plan erarbeitet werden, der die Gestaltung eines Hundeauslaufgebietes, eines Spielplatzes und eine Parkanlage zur Naherholung enthält.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Mit der Beantwortung der DS 1345/5 erklärt das Bezirksamt, dass es die beschriebene Fläche als Grünfläche betrachtet und nicht wie im Flächen- und Bereichsnutzungsplan als Nichtbaugebiet. Damit erklärt es das Gebiet als nicht bebaubar bzw. schreckt davor zurück eine Brachfläche dem so dringend gebrauchten Wohnungsbau zuzuführen. Aber wenn dazu nicht die notwendige Bereitschaft vorhanden ist, sollte die Fläche so hergerichtet werden, dass sie eine Aufenthaltsqualität erhält die dem gewachsenen Anspruch auf Naherholung entgegenkommt. Die Gelegenheit für eine Neugestaltung/ Aufhübschung der Fläche ist durch den geplanten Wohnungsneubau auf der gegenüberliegenden Straßenseite günstig, weil eventuell notwendig werdende Ausgleichsmaßnah-

men hier in unmittelbarer Nachbarschaft umgesetzt werden können. Vielleicht ist der Bauherr auch bereit sich an der Qualifizierung finanziell zu beteiligen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Balkow

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0276/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 überwiesen
09.11.2022	Stadt	Stad-016/6vertagt
23.11.2022	Stadt	Stad-017/6vertagt
14.12.2022	Stadt	Stad-018/6vertagt
11.01.2023	Stadt	Stad-019/6vertagt
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6
	OrdV	

Brücke über die Spree für Bedürfnisse von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden priorisieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die für die Verlängerung des Spreewegs nötige Brücke über die Spree mit einer Radverkehrsanlage sowie einem Fußweg in beide Richtungen schnell geplant und umgesetzt wird.

Der BVV ist bis zum 31.1. 2023 zu berichten.

Begründung:

Die bisherigen Planungen für die zur Reaktivierung der Siemensbahn nötigen Brücke sowie für die Sanierung der Rudolf-Wissell-Brücke sehen keine Integration des Fuß- und Radverkehrs vor. Die Planung und Umsetzung einer Brücke für unmotorisierte Verkehrsteilnehmer*innen ist dringend geboten, da diese Querungsmöglichkeit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau und Reinickendorf viel besser verbinden würde. Ein so wichtiger Neubau für gemeinsame, umweltfreundliche Mobilität für die gesamte Stadt muss unbedingt priorisiert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Balkow/Zimmer

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0315/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
17.11.2022	BVV	BVV-014/6 überwiesen
26.01.2023	OrdV	OrdV-018/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
28.06.2023	Stadt BVV	Stadt-003/6

Barrierefreiheit beim Zugang zum Bahnhof Jungfernheide verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei der Senatsverwaltung darauf einzuwirken, dass im Zusammenhang mit den geplanten Bauarbeiten der Straßenbahn am Bahnhof Jungfernheide Maßnahmen für die Barrierefreiheit des Zugangs zum Bahnhof Jungfernheide über die Fußgängerbrücke Tegeler Weg ergriffen werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Fußgängerbrücke Tegeler Weg ist bisher auf der östlichen Seite nur über Treppen zugänglich. Die geplanten Bauarbeiten bieten die Chance hier auch für Verbesserungen zu sorgen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0368/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 überwiesen
11.01.2023	Stadt	Stadt-019/6 vertagt
25.01.2023	Stadt	Stadt-020/6 vertagt
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6 OrdV

Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in Zuge einer zukünftigen Sanierung des Bahnhofs Jungfernheide und seiner Vorplätze an der Olbersstraße. und Max-Dohrn-Straße im gemeinsamen Prozess mit dem Senat, der Deutschen Bahn und der BVG für eine Neugestaltung einzusetzen, die folgende Punkte berücksichtigt:

Das Bahnhofsgebäude soll so verändert werden, dass enge, verwinkelte und schlecht einsehbare Räume aufgelöst werden und Fahrgästen eine bessere Orientierung ermöglicht wird. Das schließt die räumliche Platzierung von Gewerben und Informationstafeln ein. Die lange und enge Passage unter der Bahntrasse soll breiter und offener- sowie besser einsehbar ausgestaltet werden.

Der Bahnhofsvorplatz an der Olbersstraße soll räumlich offen gestaltet werden. Vor allem der schlecht einsehbare und schlecht beleuchtete Weg entlang der Kita und der Kleingärten soll in seiner jetzigen Form nicht mehr existieren. Der Zugang zum Bahnhof soll von der Olbersstraße. über einen offen gestalteten Vorplatz ermöglicht werden. Hohe Aufenthaltsqualität soll hergestellt werden. Dazu gehören Sitzgelegenheiten, ausreichend Mülleimer und entsiegelte Flächen mit Stadtgrün. Der Spielplatz und der Bolzplatz sollen erhalten bleiben. Der Platz soll zu jeder Tageszeit gut ausgeleuchtet sein. Für die Müllcontainer, die von den Gewerben im Bahnhofsgebäude genutzt werden, soll es ein geschlossenes Häuschen geben, damit Schädlinge nicht mehr den Platz belasten.

Am Ausgang Max-Dohrn-Straße soll eine geeignete Lösung für die Bushaltestelle sowie die künftig entstehende Endhaltestelle der Tram gefunden werden, die die Passagierströme aus dem Bahnhof intelligent lenkt und in einem Wartebereich mit ausreichend Platz und Aufenthaltsqualität mündet. Der unmittelbare Ausgangsbereich soll so umgestaltet werden, dass sich Passagiere, die auf die nächste Bahn warten oder eine Reisepause einlegen, dort gerne aufhalten.

Im Gesamtkonzept soll geprüft werden, an welchen Orten öffentliche WCs am sinnvollsten platziert werden können.

An beiden Ausgängen sollen ausreichend überdachte Fahrradstellplätze geschaffen und gestalterisch gut eingebunden werden. Ein Fahrradparkhaus an der Max-Dohrn-Str. ist zu prüfen.

Bei der Ausgestaltung sollen die Bürger:innen früh beteiligt werden.

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, die in diesem Antrag genannten Maßnahmen, deren Umsetzung bereits vor dem Gesamtumbau des Bahnhofs möglich sind, zügig umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Der Bahnhof Jungfernheide ist in seiner Gestaltung ein Relikt aus städte- und verkehrsplanerisch längst vergangenen Tagen. Weder das Bahnhofsgebäude noch seine Vorplätze weisen derzeit eine nennenswerte Aufenthaltsqualität auf. Wir fordern, dass diese Missstände baulich behoben werden und der Bahnhof Jungfernheide endlich in seiner Gestaltung seiner Rolle als regionaler Verkehrshub gerecht wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0367/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 überwiesen
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6
	BVV	

Mehr Einkaufsmöglichkeiten für die Mierendorffinsel – Nahversorgungskonzept fortschreiben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das teilräumliche Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz aus dem Jahr 2013 zu aktualisieren und in Kooperation mit dem Lebensmitteleinzelhandel so umzusetzen, dass eine fußläufige Nahversorgung auf der INSEL für alle gewährleistet werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Im Jahr 2013 wurde das teilräumliche Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz (siehe DS 0566/4) in Auftrag gegeben. Hier wurde treffend festgehalten: „Eine umfassende und funktionierende Nahversorgung ist essenziell für die Attraktivität von Wohnstandorten und auch von zentralen Versorgungsbereichen.“* Die aktuelle Entwicklung auf der Mierendorff-Insel zeigt jedoch die grobe Fehlplanung in Bezug auf wohnortnahe und fußläufige Versorgung mit Supermärkten in dem Gebiet. Hier muss gegen-gesteuert werden, um die Versorgung der Anwohner:innen der Insel zwischen den zahlreichen Planungen nicht zu vernachlässigen und künftig zu gewährleisten.

* Föhler, Böttger, Döring (2013): „Teilräumliches Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz“, hrsg. von Stadt + Handel, Dortmund, S. 69, online abrufbar unter: https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/___tmp/tmp/4508103627702134/27702134/00060086/86-Anlagen/02/s_h_NVK_QuartierMierendorffplatz.pdf

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Gusy/Chen

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0391/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.01.2023	BVV	BVV-016/6 überwiesen
28.06.2023	Stadt	Stadt-003/6

Wohnen am Kurfürstendamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die planungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit am Kurfürstendamm und den Seitenstraßen bei Umnutzung oder Neubau ein wesentlicher Wohnanteil an der Nutzung zu berücksichtigen ist. Ferner ist zu prüfen, ob und wie die kooperative Baulandgewinnung angewendet werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.6.2023 zu berichten.